F+ CORONA-PANDEMIE

Aufarbeitung ohne Blick zurück?

GASTBEITRAG **von Christoph Schickhardt**

02.12.2025, 22:35 Lesezeit: 14 Min.



Die Wissenschaft hat ihre Rolle in der Pandemie noch nicht aufgearbeitet und sollte das endlich nachholen.

Zur App

Nach jahrelangem Drängen von vielen Seiten hat der Bundestag eine Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie eingerichtet, die ihre Arbeit aufgenommen hat. Die Aufarbeitung steht angesichts des hoch-kontroversen Themas und der zu erwartenden Instrumentalisierung durch radikale politische Kräfte vor einer großen politisch-gesellschaftlichen Herausforderung. Eine wichtige Stimme für eine nüchterne und faktenbasierte Aufarbeitung aus der gesellschaftlichen Mitte könnte die öffentlich-akademische Wissenschaft sein. Für

die Wissenschaft besteht allerdings die Versuchung, sich in die Position der neutralen Sachverständigen zu begeben und die Aufarbeitung als Expertin von der Seitenlinie aus informieren oder begleiten zu wollen. So als hätte sie in der Pandemie selbst keine Rolle gespielt. Dabei war sie selbst ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen Reaktion auf den Virus.

Erinnert sei hier nur an die Stellungnahmen des Deutschen Ethikrats und der Leopoldina sowie an Beiträge in Medien und die Handvoll Wissenschaftler, von denen sich Kanzlerin und Ministerpräsidenten beraten ließen. Die Leopoldina forderte am 8.12.2020 in einer Stellungnahme die Politik zu einem harten Lockdown als *„aus wissenschaftlicher Sicht unbedingt notwendig"* auf. Und der Umgang mit der Krise lief an entscheidenden Stellen über die wissenschaftlichen Einrichtungen der Exekutive und Verwaltung wie die öffentlichen Gesundheitsdienste oder das Robert Koch-Institut, geleitet und auf unzähligen Pressekonferenzen vertreten durch Professor Dr. Wieler. Um eine vertrauens- und glaubwürdige Instanz in der anstehenden gesamtgesellschaftlichen Pandemie-Aufarbeitung zu sein, muss die Wissenschaft erst einmal ihre eigene Rolle während der Pandemie kritisch, transparent und öffentlich aufarbeiten. Eine solche Aufarbeitung wäre auch wichtig dafür, dass die Wissenschaft in zukünftigen Krisen möglichst viel Gehör und Vertrauen findet.

Institutionen lassen viele Fragen offen

Natürlich ist die Rede von „der Wissenschaft" eine extreme Vereinfachung. *Die* Wissenschaft gibt es nicht, sondern nur sehr viele sehr verschiedenartige Einrichtungen, Organisationen und Personen, die in sehr unterschiedlichem Ausmaß in der Pandemie relevant waren. Betrachtet man einzelne Organisationen wie den Deutschen Ethikrat, die Leopoldina, die Deutsche Forschungsgemeinschaft sowie wissenschaftlich-medizinische Behörden, lassen die bisherigen Tätigkeiten zur Aufarbeitung der eigenen Rolle in der Pandemie durchaus noch Fragen offen.

Der Deutsche Ethikrat hat schon im April 2022 die sehr umfangreiche Stellungnahme *Vulnerabilität und Resilienz in der Krise* veröffentlicht, die sowohl das Pandemiegeschehen historisch rekonstruiert als auch Lehren in Form von „ethischen Kriterien für Entscheidungen in Pandemien" zieht. Dabei gibt der Deutsche Ethikrat im Kapitel „Selbstkritische Fehlerkultur etablieren und Vertrauen wiederherstellen" richtigerweise zu bedenken, dass die Pandemie eine Krise „von

weltgeschichtlichem Ausmaß“ gewesen ist, in der Fehler unvermeidbar gewesen seien. Doch bedeute dies „keinen Freibrief“. Vielmehr bedürfe es „einer kritischen Aufarbeitung der Krisenbewältigung, um persönliches Fehlverhalten, systemische Fehlstellen [...] oder ungeeignete Verfahren offenzulegen und Korrekturen zu ermöglichen. Eine hochentwickelte Fehlerkultur ist auch Ausdruck von Resilienz. Das betrifft zunächst und vor allem den Bereich der Politik, aber beispielsweise auch Wissenschaften [...].“

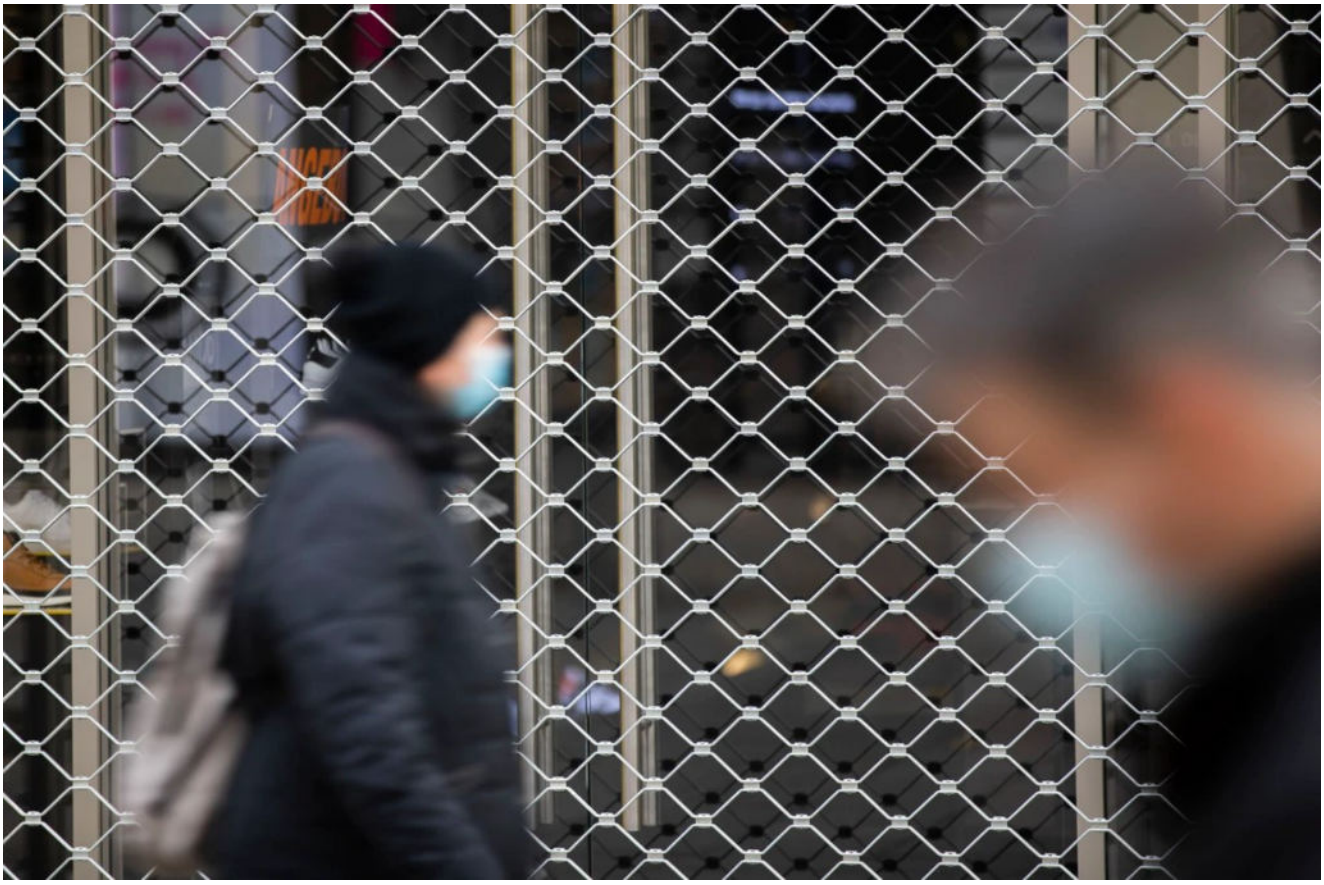
Selbstkritischer Ethikrat

In der Stellungnahme fällt die Beschäftigung mit der eigenen Rolle und der Wissenschaft insgesamt eher unkritisch aus verglichen mit den deutlich kritischen Einschätzungen zum Krisenmanagement der Politik, zur Berichterstattung der öffentlichen Medien und zu Urteilen von Gerichten. In der speziellen Ad-hoc-Empfehlung des Deutschen Ethikrates *Pandemie und psychische Gesundheit* aus dem November 2022 findet sich jedoch eine selbstkritische Bemerkung: Die Belange der jungen Menschen und ihre Belastungen hätten „auch durch den deutschen Ethikrat nicht ausreichend Beachtung erfahren“. Die Frage nach dem warum, ob dies eventuell auch strukturelle Gründe hatte wie die Zusammensetzung des Rates oder das wenig differenzierende Gemeinschaftsparadigma der Solidarität, das die Corona-Stellungnahmen des Rats normativ beherrschte, bleibt offen. Dass die bisherigen Aufarbeitungstätigkeiten des Rates ausbaufähig sind, ist auch der Eindruck der Juraprofessorin Frauke Rosalski, selbst Mitglied des Deutschen Ethikrats, die den Rat in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 11. Oktober 2024 zu einer stärkeren Aufarbeitung der eigenen Rolle während der Pandemie aufforderte.

Die Nationale Akademie der Wissenschaft Leopoldina listet auf ihrer Website zehn ad hoc Stellungnahmen und weitere Publikationen zur Corona-Pandemie auf, die letzte aus dem November 2021, als die Pandemie noch im Gange war. Ein öffentlicher kritischer Rückblick aus zeitlichem Abstand ist nicht zu finden. Von außen kam es zur prominenten Kritik durch den in St. Gallen lehrenden Schweizer Historiker Caspar Hirschi (FAZ 08.03.2021). Dieser kritisierte die oben zitierte Ad-hoc-Stellungnahme der Leopoldina vom 8.12.2020 und die darin enthaltene Forderung nach einem „harten Lockdown“ als *„aus wissenschaftlicher Sicht unbedingt notwendig”*. Der damalige Präsident der Leopoldina, Gerald Haug, reagierte mit einer heftigen Erwiderung (FAZ 18.03.2021) und nahm dabei vor allem einige von

Hirschi formulierte Vermutungen bezüglich des Zusammenwirkens von Leopoldina und Politik aufs Korn. In ihrer daraufhin nachjustierten Form (FAZ 18.03.2021) lautete Hirschis Kritik: die Leopoldina-Stellungnahme gäbe Wertfragen als wissenschaftliche Sachzwänge aus, und die wissenschaftliche Unabhängigkeit sowie die Abgrenzung zur politischen Positionierung seien zweifelhaft. Eine Antwort seitens der Leopoldina auf diese nachjustierte Kritik ist nicht bekannt.

Ob es unter neuer Führung in der Leopoldina mehr Offenheit oder gar Initiative für kritisches Hinterfragen der eigenen Rolle geben wird, ist nicht eindeutig erkennbar. In einem Interview mit der FAZ vom 26.3.2025 wurde die neue Präsidentin der Leopoldina, Bettina Rockenbach, gefragt, ob sie eine Aussage wie die zitierte zur wissenschaftlichen Notwendigkeit eines harten Lockdowns künftig wieder tätigen würde. Ihre Antwort lautete: „Die Wissenschaft legt die Handlungsoptionen dar, und dann sind es Politik und Gesellschaft, die die Entscheidungen treffen, nicht die Wissenschaft. Politik und Gesellschaft müssen die Handlungsoptionen und ihre Konsequenzen gegeneinander abwägen und Prioritäten setzen“. Die sich aufdrängende Frage, ob die Leopoldina sich gemäß ihrer Selbstwahrnehmung in ihren Stellungnahmen und weiteren Beratungs- und Kommunikationstätigkeiten während der Pandemie an diese Gebote der Selbstbeschränkung und Rollenverteilung gehalten hat, bleibt unbeantwortet. Wahrscheinlich wollte die Präsidentin im Interview vorsichtig eine kritische Einsicht zu erkennen geben, ohne ihre Organisation und deren in den damaligen Stellungnahmen wirkende Mitglieder offen zu kritisieren. Das wäre menschlich und politisch verständlich, allerdings eben auch keine offen selbstkritische und in bester wissenschaftlicher Tradition um Klarheit und Verständlichkeit bemühte Einlassung gegenüber den Bürgern. Entschieden offen zeigt sich die Präsidentin im Interview hingegen für die Idee, dass Akademien wie die Leopoldina bei der Corona-Aufarbeitung eine „zentrale Rolle spielen“. Die aus diesen Einlassungen sich abzeichnende Grundhaltung scheint unter dem Motto einer Aufarbeitung, die „vorwärtsgewandt“ ist, wie es die neue Präsidentin im Interview nennt, einen öffentlichen kritischen Blick zurück auf das eigene Wirken abzulehnen. Aufarbeitung ohne Aufarbeitung, könnte man sagen, zumindest ohne transparente Aufarbeitung in eigener Sache.



Stuttgart im Dezember 2020: Menschen mit Mundschutz gehen an einem geschlossenen Geschäft in der Königsstraße vorbei. *dpa*

Intern fand jedoch wahrscheinlich eine gewisse Reflexion der eigenen Rolle oder zumindest allgemein der Rolle der Wissenschaft statt. In jedem Fall hat die Leopoldina zusammen mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) im Februar 2023 auf einer gemeinsamen Veranstaltung die „*Wiener Thesen zur wissenschaftsbasierten Beratung von Politik und Gesellschaft*“ veröffentlicht. In den einleitenden Worten heißt es selbstbewusst: „Die Pandemie hat die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt.“ Dieses Lob in eigener Sache ist sicher in gewisser Weise berechtigt. Nur dank der Wissenschaft konnte der Virus als Ursache so schnell verstanden und dann durch die in atemberaubendem Tempo entwickelten Impfstoffe bevölkerungsweit wirksam bekämpft werden. Dennoch wäre eine gewisse Differenzierung bezüglich des Leistungsnachweises geboten: „die Wissenschaft“, die atemberaubend schnell Impfstoffe entwickelte, bestand in den Forschungsabteilungen *privatwirtschaftlicher* Unternehmen. Ergebnissoffen zu untersuchen bliebe die Frage: Was genau hat die *deutsche öffentlich-akademische* Wissenschaft an wichtigen Kenntnissen, Testmethoden, Daten oder Vorarbeiten zum Verstehen des Virus und zur Bewältigung der Pandemie beigetragen?

„Wiener Thesen“ der Leopoldina

Am Ende der Einleitung wird auf die Bedeutung einer klaren Rollentrennung zwischen Politik einerseits und Wissenschaft andererseits hingewiesen. Die ersten beiden „Wiener Thesen“ besagen denn auch, dass Wissenschaft sich in der Politikberatung auf das evidenzbasierte Aufzeigen von Handlungsoptionen beschränken und die Politik informieren, aber nicht legitimieren solle. Die neunte und letzte Wiener These fügt hinzu, dass nationale Wissenschaftsakademien auch „institutionelle Foren der Selbstreflexion“ zum Zwecke einer „selbstkritischen Wissenschaft“ einrichten sollten. Die Leopoldina verfügt mit ihrem Zentrum für Wissenschaftsforschung dafür eigentlich schon über einen vorgesehenen Ort. Aufgabe des Zentrums ist laut eigener Homepage, „die Akademie als Forschungsstandort mit Blick auf ihre gegenwärtigen Aufgaben und in der unvoreingenommenen und kritischen Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte“ zu unterstützen und „reflexive Ansätze innerhalb der Wissenschaften“ institutionell an der Seite der Akademie zu verankern. Zurzeit scheint die Leopoldina jedoch konkret in Erwägung zu ziehen, das Zentrum zu schließen.

Die selbst öffentlich angemahnte selbstkritische Einstellung lässt der Vorsitzende der ÖAW, Heinz Faßmann, prinzipiell erkennen, insofern er auf der ÖAW-Homepage anlässlich der Publikation der Wiener Thesen mit den allgemeinen Worten zitiert wird: „In [...] der Corona-Pandemie waren die Grenzen manchmal verschwommen: Wissenschaftler agierten wie Politiker und die Politik versteckte sich hinter der Wissenschaft.“ Die Leopoldina zeigt sich (noch) nicht als Forum der kritischen Selbstreflexion in Sachen Pandemie, zumindest nicht als öffentliches. Kein Wort zur Frage, ob sie sich aus ihrer Sicht während der Pandemie an die in den Wiener Thesen formulierten Standards oder andere, damals anerkannte Standards der Politikberatung gehalten hat. In den ersten sieben Corona-Stellungnahmen der Leopoldina wimmelt es nur so von Aussagen darüber, was die Politik tun *sollte*. Viele dieser Empfehlungen klingen auch aus heutiger Sicht noch richtig, so z.B. die Aussage vom 3.4.2020, die Datenerfassung „muss substantiell beschleunigt werden“.

„Hoher Zeitdruck und erhebliche Ungewissheit“

Eine Aufarbeitung der Stellungnahmen sollte u.a. anhand des Materials der Corona-

Stellungnahmen die Frage durchspielen, ob und wie man in zukünftigen vergleichbaren Ausnahmesituationen vom Ansatz, Empfehlungen auszusprechen, zum schlichten Informieren oder Aufzeigen von Handlungsoptionen kommen will. Oder will die Leopoldina in Zukunft dann doch wieder alles so machen wie während der Corona-Pandemie? In der zweiten Wiener These bleibt ein Hintertürchen offen. In Widerspruch zu ihrer Überschrift, dass Wissenschaft informieren, aber *nicht* legitimieren solle, heißt es darin nämlich dann auch: „Der Verweis auf ‚die' Wissenschaft [...] zum Zweck politischer Legitimation sollte akuten Krisensituationen vorbehalten bleiben [...]". Ist das eine Lehre aus der Pandemie? Die Textstelle ist ein anschauliches Beispiel dafür, dass es selbstgezogenen Lehren ohne vorherige kritische, transparente und öffentliche Aufarbeitung und klare Benennung von früheren Fehlern an Fundierung und öffentlicher Nachvollziehbarkeit mangelt. Wenn Wissenschaft getreu Max Weber keine politischen Wertentscheidungen begründen oder legitimieren kann und darf, wie kann sie dann in Krisensituationen zur politischen Legitimation dienen, zumal wenn dann unter „hohem Zeitdruck und erheblicher Ungewissheit entschieden werden muss"? Dieses Hintertürchen für Krisensituationen steht auch in ungeklärter Spannung zu den Geboten der Selbstbeschränkung und Rollenverteilung in der wissenschaftlichen Politikberatung, wie sie von der Leopoldina-Präsidentin im oben zitierten FAZ-Interview formuliert werden.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat sich während der Pandemie mit Stellungnahmen zurückgehalten und sich stärker auf den Wissenschaftsbetrieb selbst konzentriert. Ihr Hauptinstrument dafür war eine im Jahr 2020 extra eingerichtete interdisziplinäre Kommission mit der Aufgabe, die „Forschungslandschaft im Zusammenhang mit der Pandemie zu beobachten, fortlaufend Forschungslücken zu identifizieren und erkenntnisgeleitete Forschung in allen einschlägigen Bereichen zu unterstützen". Diese Kommission hat im März 2024 einen Abschlussbericht über ihre umfangreichen Tätigkeiten während der Pandemie vorgelegt. Darin erfährt man z.B., dass die Kommission im Juli 2020 einen Forschungs- und Förderbedarf für die Virus-Sequenzierung von „zeitkritischer Notwendigkeit" erkannte, dass dazu am 16. Dezember 2020 eine Ausschreibung veröffentlicht wurde, zu der 26 Projektanträge eingereicht wurden, von denen im März 2021, also ca. sieben Monate nach Identifizierung des zeitkritischen Bedarfs, sechs Anträge zur Förderung bewilligt wurden. Ende 2020 erkannte die Kommission bezüglich der Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen einen „dringenden Forschungsbedarf" mit Blick auf Aerosolpartikel; am 2. Februar 2021 veröffentlichte sie eine Förderausschreibung, zu der fristgerecht bis Mitte Mai 2021 58 Anträge

eingingen, von denen dann, nach der Begutachtung, 16 Projekte bewilligt wurden und mit ihren *Planungen starten* konnten – mindestens ein halbes Jahr nach Erkennen des dringenden Forschungsbedarfs. Beim Lesen dürften einem außenstehenden Bürger mit Blick auf die Dauer der Verfahren bis zur Bewilligung der Fördermittel große Zweifel daran kommen, ob diese *Art der Förderung* wirklich darauf angelegt sein konnte, wie versprochen schnelle Forschung und Erkenntnisse zu drängenden Fragestellungen der Pandemiebekämpfung hervorzubringen.



März.2020, Berlin: Keine Kinder spielen am Montagvormittag auf dem mit rot-weißem Flatterband abgesperrten Spielplatz in Moabit. *dpa*

In dem Bericht *Die Coronavirus-Pandemie – Folgen und Chancen für die Wissenschaft* der DFG heißt es hingegen: „Zugleich wurden durch die expliziten Ausschreibungen und das neu geschaffene Förderinstrument der Fokus-Förderung COVID-19 zu pandemierelevanten Themen Förderoptionen geschaffen, um drängende Forschungsbedarfe zeitnah anzugehen“; und: „Übergreifend hat die DFG durch die vorgenannten Maßnahmen und das Einsetzen der Interdisziplinären Kommission zur Pandemieforschung nach Einschätzung der Senats-AG wichtige Impulse im Wissenschaftssystem gesetzt, um den Herausforderungen der Pandemie zu begegnen […].“ Belege für diese These, z.B. in Form von Hinweisen auf für die Pandemie-Bewältigung wichtige Erkenntnisse aus den geförderten Projekten,

werden nicht angeführt. Es wäre spannend zu sehen, ob eine Kommission unabhängiger wissenschaftlicher Gutachter und einfacher Bürger bei einer kritischen Analyse die positive Selbsteinschätzung der DFG uneingeschränkt teilen würde. Die Interdisziplinäre Kommission der DFG stellt selbst einen Mangel an Initiativen bezüglich der Aufarbeitung der Pandemie und Rolle der Wissenschaft fest. In der Tat wäre noch etwas zu tun.

Von den wissenschaftlichen Einrichtungen (Behörden), die auf nationaler und lokaler Ebene der Exekutive unterstehen und während der Pandemie eine besondere Bedeutung hatten, ist nichts Öffentliches über eine explizite und kritische Aufarbeitung ihrer Tätigkeiten während der Pandemie bekannt. Das damals im Mittelpunkt stehende Robert Koch-Institut hat auf eine externe Anfrage hin die Protokolle des internen Corona-Krisenstabs mit einigen Schwärzungen publik gemacht. Im Zuge dessen hat das RKI auf seiner Website auch eine Reihe von Fragen und Antworten (FAQs) veröffentlicht, in denen es auf häufig in der Öffentlichkeit geäußerte kritische Fragen, Vermutungen oder Vorwürfe eingeht. Diese FAQs sind immerhin ein Beitrag zur öffentlichen Debatte, jedoch eher eine Klarstellung oder Verteidigung in eigener Sache. Auch von der damals in die stille zweite Reihe gedrängten Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die nun in das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit umbenannt wurde, sowie von den Öffentlichen Gesundheitsdiensten, die auf lokaler Ebene eine wichtige Rolle spielten, sind keine Anstrengungen zur ergebnisoffenen kritischen Analyse des eigenen Wirkens während der Pandemie bekannt. Sollten diese wissenschaftlichen Einrichtungen der Exekutive aufgrund ihres Behördencharakters ohne die klare Aufforderung ihrer politischen Leitung nicht selbstständig die kritische Aufarbeitung der eigenen Rolle in Angriff nehmen können oder dürfen, wäre es an der Zeit, dass die politisch Verantwortlichen entsprechende Anweisungen geben.

Analyse des eigenen Wirkens kaum zu erkennen

Die bisherige Bilanz der Aufarbeitung fällt zumindest mit Blick auf die genannten Einrichtungen eher bescheiden aus. Obwohl der Deutsche Ethikrat und die DFG eine Aufarbeitung der Pandemie verlangen und die Wiener Thesen der Leopoldina ausdrücklich die institutionelle Verankerung eines kritischen Forums zur Reflexion der eigenen Arbeit fordern, ist der Wille zu einer umfassenden, transparenten, kritischen und öffentlichen Analyse des eigenen Wirkens während der Pandemie kaum zu erkennen. Damit qualifiziert sich die Wissenschaft (in Form der genannten

Organisationen) nicht dazu, der Politik oder dem Land bei der Aufarbeitung als unbefangene und glaubwürdige Expertin zu dienen, von einer Vorbildfunktion ganz zu schweigen. Auch kommt der Zweifel auf, ob die bisherigen Analysen ausreichen, um Schlussfolgerungen darüber zu begründen, was die Wissenschaft selbst als in ihrem Handlungsfeld liegend in Zukunft besser machen kann und wozu sie hingegen auf verbesserte Rahmenbedingungen durch die Politik angewiesen ist. Eine öffentliche, transparente und kritische Aufarbeitung der eigenen Rolle in der Pandemie und das Ziehen der richtigen Konsequenzen für Wissenschaft und Politik dürfen die Bürger, auch die damals nicht angehörten und übermäßig belasteten Kinder und Jugendlichen, mit Recht von der Wissenschaft erwarten. Eine kritische Aufarbeitung des eigenen Tuns entspräche dabei auch dem epistemischen Ethos der Wissenschaft als „organisierte Skepsis“ (Robert Merton).

Zuletzt sieht man sich allerdings vor die grundsätzliche Frage gestellt: Ist die Wissenschaft überhaupt in der Lage, die eigene Rolle während der Pandemie selbstkritisch und öffentlich zu reflektieren? „Wissenschaft muss frei und unabhängig sein“, schreibt der deutsche Ethikrat in seiner Stellungnahme *Vulnerabilität und Resilienz in der Krise*. Es gibt im System der öffentlich-akademischen Wissenschaft jedoch Umstände, die daran zweifeln lassen, dass die Freiheit und Unabhängigkeit sowie Motivation und Anreize für eine selbstkritische Aufarbeitung ausreichend vorhanden sind. Die systemimmanenten Umstände sind per se nicht neu, stehen aber einer Aufarbeitung der eigenen Rolle während der Pandemie möglicherweise besonders entgegen. So sind die Fachdisziplinen und wissenschaftlichen Communities teilweise sehr klein, man kennt sich, kooperiert und wirkt in denselben Konsortien oder Gesellschaften mit. Es gibt in Deutschland z.B. nur rund 20 Lehrstühle für Medizinethik. Für öffentliche Kritik aneinander ist bei dieser zwischenmenschlichen Nähe wenig Raum. Auch stehen Wissenschaftler und ihre Einrichtungen mittlerweile unter ständigem Rechtfertigungsdruck und sind darin eingeübt, sich gegenüber Gutachtern, Geldgebern, politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit mit klangvollen selbstlobenden Darstellungen in gutes Licht zu rücken. Eine nüchterne, ehrliche und selbstkritische öffentliche Aufarbeitung steht dazu quer. Die heftig abwehrende Reaktion des Leopoldina-Präsidenten Haug auf die öffentliche Kritik des Historikers Hirschis aus St. Gallen könnte auch abschreckend auf potenzielle, an deutschen Einrichtungen beschäftigte, Kritiker wirken und wirft die Frage auf, wie die mit viel Autorität, Macht und öffentlichem Gewicht ausgestatteten Organisationen auf die Kritik einzelner Wissenschaftler angemessen reagieren können. Zuletzt ist jeder Forscher in Deutschland auch auf Drittmittel angewiesen: die etablierten, um ihre

Forschungsprojekte durchzuführen, die prekären (und meist jüngeren), um überhaupt einen wissenschaftlichen Job zu haben. Wer fühlt sich da ermutigt, zentrale Geldgeber wie die DFG oder das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (früher BMBF) zu kritisieren? Die Presseberichte darüber, dass im BMBF unter früherer FDP-Führung eine Liste erstellt wurde über Wissenschaftler, die Förderung erhielten und sich politisch unliebsam zum Gaza-Konflikt geäußert hatten, stiften zusätzliche Unsicherheit.



Ein leeres Klassenzimmer ist in der Mittelschule an der Alfonsstraße in München zu sehen. Nach dem 11.01.2021 mussten Bayerns Schüler länger von zu Hause aus lernen, weil wegen des coronabedingten Lockdowns auch die Schulen geschlossen waren. *dpa*

Dabei wäre an dieses Ministerium u.a. die forschungspolitische Frage zu stellen, warum es als Hauptinstrument zur Bekämpfung der Pandemie im April 2020 die mit Hunderten Millionen Euro ausgestattete Förderung des *Aufbaus einer neuen Dateninfrastruktur*, des Netzwerks Universitätsmedizin (NUM), wählte, dessen Aufbau wenig überraschend komplexe bürokratische, organisatorische und technologische Herausforderungen mit sich brachte. Noch heute sagen Insider hinter vorgehaltener Hand, dass man einem Außenstehenden kaum erklären könne, warum man mit dem NUM und der Medizininformatik-Initiative, einer ebenfalls vom BMBF finanzierten bundesweiten medizinischen Dateninfrastrukturinitiative, die damals schon seit einigen Jahren im Aufbau war, zwei derartige Dateninfrastrukturen nebeneinander haben wollte. Es wäre

spannend zu erfahren, inwiefern sich im Rückblick das gewählte Instrument als geeignet und effizient erwiesen hat, um rasch Daten und Erkenntnisse zur Pandemiebekämpfung zu liefern.

Vielleicht sind die strukturellen Befangenheiten in der Wissenschaft wirklich so groß, dass die Wissenschaft kaum zu einer öffentlichen selbstkritischen Aufarbeitung in der Lage ist. Dann muss sie sich vielleicht den kritischen Fragen der Enquete-Kommission des Bundestages stellen, wann und wie diese auftauchen, nicht eigeninitiativ, sondern getrieben im politischen und öffentlichen Aufarbeitungsprozess. Ein Szenario, das zur Idee von Autonomie der Wissenschaft schlecht passt. Die selbstkritische, transparente und öffentliche Aufarbeitung ihrer Rolle während der Pandemie wäre hingegen Ausdruck souveräner und verantwortungsbewusster Wahrnehmung ihrer Autonomie in unserer Gesellschaft. Und vor allem wäre die Aufarbeitung wichtig für die Fundierung der Lehren, die die Wissenschaft aus der Pandemie ziehen will, für die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft als Sachverständige in der gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung der Corona-Pandemie sowie nicht zuletzt auch für ihre Rolle als Ratgeberin in zukünftigen Krisensituationen.

Der Autor arbeitet als Wissenschaftler am Institut für Medizin- und Datenethik der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg und am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) Heidelberg. Er ist Mitglied der AG *Consent* der Medizininformatik-Initiative sowie der AG Corona-*Pandemie: Lessons to be learnt* an der Heidelberger Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST). Von ihm erschienen ist das Buch *Nicht systemrelevant. Eine Aufarbeitung der Corona-Politik aus kinderethischer Sicht*, Suhrkamp 2024. Hier äußert er ausschließlich seine persönliche Sicht.

Quelle: F.A.Z. Artikelrechte erwerben

Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2025
Alle Rechte vorbehalten.